

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Rablstraße 26 · 81669 München

An

Geschäftsstelle des BA 15
Friedenstr. 40
81660 München

**GRÜNE Fraktion im Bezirksausschuss 15
Trudering / Riem / Messestadt**

Herbert Danner

Dr. Susanne Weiß

Sprecher und Sprecherin der Fraktion

**Eva Döring, Claudia Grefen, Christoph Heidenhain,
Elise Pouvreau, Dr. Ruth Pouvreau, Cemre Sağlam,
Regina Schreiner, Dr. Sven Thorspecken**
Fraktionsmitglieder

ba15@gruene-bergamlaim-trudering-riem.de

München, den 25.07.2022

5.6.3 Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden stärker ausbauen! BA-Antrag Nr. 20-26 / B 02881

Stellungnahme des BA 15 zum Antwortschreiben des RAW vom 28.6.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die informative Antwort und sehen durchaus die Bemühungen der LHM und den vorrangig beteiligten Referaten Baureferat und RBS, den Ausbau der Photovoltaik auf städtischen Dächern zu beschleunigen, angetrieben durch den „Stadtrats-Grundsatzbeschluss zur klimaneutralen Stadtverwaltung 2030 und weitere Maßnahmen zu Erreichung der Klimaneutralität München 2050“ vom 18.12.2019, sowie den „Grundsatzbeschluss II Klimaneutrales München 2035 und klimaneutrale Stadtverwaltung 2030“ vom 19.01.2022. Die aufgeführten Planungs- und Bauprojekte in unserem Stadtteil lassen hoffen, dass die PV-Stromproduktion auf städtischen Dächern in den nächsten Jahren erheblich anwächst. Auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG und die SWM haben scheinbar den „Weckruf“ durch die beiden Stadtratsbeschlüsse verstanden, wenngleich mit einer vieljährigen Verspätung wie der beigefügte Stadtratsantrag vom Mai 2013 eindrücklich nachweist.

An einigen Beispielen wird aber deutlich, dass die Brisanz des Themas scheinbar immer noch nicht ganz verstanden wurde, allen eindeutigen Wetter- und Klimaveränderungen zum Trotz. Deshalb fordern wir an folgenden Beispielen nochmals eine beschleunigte Installation von PV-Anlagen:

GEWOFAG-Gebäude Messestadt Ost, Elisabeth-Castonier-Platz:

Nach unserem Verständnis ist es grob fahrlässig, bei einem Wohnungsneubau dessen bauliche Maßnahmen immer noch nicht abgeschlossen sind, die Installation einer PV-Anlage in unbestimmte Zukunft zu verschieben, anstatt die Gunst der Stunde zu nutzen (in diesem Fall Baustelleneinrichtungen wie Gerüst, Kräne, etc.) und die Installationen während der Bauphase möglichst kostengünstig zu installieren. Jede nachträgliche Maßnahme führt zu deutlichen Kostensteigerungen und zu unnötigen Belastungen der BewohnerInnen. Solches Missmanagement darf sich bei einer 100 % Tochtergesellschaft der LHM künftig nicht mehr wiederholen.

Kommunalreferat: Tribünen-Kopfbau an der Werner-Ecker-Straße 1:

Die aktuelle mehrjährige Erprobungsphase ist kein wirklich nachvollziehbarer Grund um hier eine konzeptionelle Planung um mindestens 4 Jahre hinauszuzögern. Die Installation der PV-Anlage und deren künftige Stromerzeugung funktionieren vollkommen unabhängig von pädagogischen, kulturellen und bürgerschaftlichen Konzepten. Deshalb sollte auch hier die konzeptionelle Planung beschleunigt aufgenommen werden.

Schulreferat: Grundschule Helsinki Straße 55 – 57:

Hier schreiben Sie: *„Die Umsetzung einer PV-Anlage auf dem Dach der Grundschule in der Helsinkistr. 55 - 57 wird nicht weiterverfolgt, da die Dachgestaltung ein Gestaltungselement aus der Landesgartenschau darstellt. Dies war bereits im Zuge des Neubaus eine Vorgabe aus dem Bebauungsplan.“*

Wir bitten dazu um die Beantwortung folgender Fragen:

- Der Bau des Gebäudes fand lange nach der Bundesgartenschau 2005 statt. Wir bitten um Zusendung der Passagen, die aus Ihrer Sicht den Bau einer PV-Anlage auf diesem Gebäude ausschließen. Eine PV-Flachdachanlage wäre von unten nicht sichtbar. Auch aus diesem Grund ist schwer nachvollziehbar, warum die Vorgaben zur Dachgestaltung dem Bau einer PV-Anlage entgegenstehen sollten.
- Selbst wenn es hier rechtliche Vorgaben gibt, die eine PV-Anlage verhindern, bitten wir zu prüfen, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann. Seit 2005 hat sich die Einstellung zur (Überlebens-)notwendigkeit regenerativer Energien grundlegend verändert.

Das Dach der Helsinkischule ist aufgrund der geringen Höhe des Gebäudes einfach und kostengünstig mit PV auszustatten und zu warten. Ein Bau sollte dort auch aus diesem Grund unbedingt erfolgen.

Wir bitten zudem ab 2023 um jährliche Auskunft über den Zuwachs an PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden und Gebäuden von GEWOFAG und GWG im Stadtbezirk 15.

Beschlossen in der BA-Sitzung am 28.7.2022

Ja

Nein

Initiative: Herbert Danner, Susanne Weiß

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 13.05.2013

Antrag

Mietkosten senken und Klima schonen durch PV-Eigenverbrauchsanlagen (EVA) - Städtische Wohnungsbaugesellschaften prüfen Potentiale und Realisierungsmöglichkeiten für PV-Eigenverbrauch ihrer Mieter

Die Städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden aufgefordert, Realisierungsmöglichkeiten für Photovoltaikanlagen mit Eigenverbrauch bei ihren Wohngebäuden zu prüfen. Die Idee ist, dass durch die Umsetzung dieses Konzepts eine Entlastung gerade der sozial schwächeren Mieter bei den Strombezugskosten bewirkt werden kann bei gleichzeitig maximaler dezentraler Solarstromerzeugung.

Unterstützt werden sollten die Wohnungsbaugesellschaften dabei von der Stadtverwaltung, den Stadtwerken München und deren Tochter „Solarinitiative München“. Die Projekte oder zumindest ein Projekt sollte technisch so ausgerüstet sein, dass mit Zustimmung der Mieter ein gutes Monitoring des produzierten, wie auch verbrauchten Stromes möglich ist und auch evaluiert werden kann. Auch verschiedene Möglichkeiten der Speicherung des produzierten Stroms sollten untersucht werden. Bei der Umsetzung wird auch besonderer Wert auf eine architektonisch ansprechende Lösungen gelegt.

Von besonderem Interesse ist dabei, wie sich die Wirtschaftlichkeit verschiedener Varianten und Quoten des Eigenverbrauchs darstellt und wie sich diese entwickeln wird. Einbezogen werden sollen zudem Fragestellungen, ob bei diesen Gebäuden eine Speicherung wirtschaftlich sinnvoll ist, bzw. finanzielle Fördermöglichkeiten für Speicherlösungen oder sonst. Mehrkosten für die Projekte bestehen.

Begründung:

„Die Zukunft der Stromerzeugung ist erneuerbar und dezentral“, darin sind sich fortschrittliche Energieexperten wie Franz Alt und Prof. Dr. Claudia Kemfert einig. Mit vorgenannten Aussagen warben Sie in den letzten Wochen im Schulterchluss mit den SWM für eine ganzheitliche Energiewende.

Solaranlagen zur Stromerzeugung rechnen sich derzeit vor allem dann, wenn ein größerer Anteil des produzierten Stroms auch von den Nutzern in räumlicher Nähe des Gebäudes (i.d.R. im gleichen Gebäude) verbraucht wird, da die Einspeisevergütung des erzeugten Stroms immer stärker sinkt und bereits – genauso wie die aktuellen Erzeugerkosten für PV-Strom – deutlich niedriger liegt als die derzeitigen und künftigen Strombezugskosten.

Für Einfamilienhäuser und Gewerbe, die den produzierten Strom selbst verbrauchen, lohnt sich deshalb der Eigenstromverbrauch schon seit längerem und wird auch vermehrt genutzt. Im Mietwohnungsbereich scheint es komplizierter zu sein, da mehrere Stromkunden bzw. Nutzer im Gebäude auf den Solarstrom vom Dach zugreifen können und dadurch die Verbrauchsmessungen sowie die Abrechnung schwieriger ist (z. B. wann die Nutzung energieintensiver Geräte wie Waschmaschine etc. erfolgt ist).

Auf den Mehrfamilienhäusern der städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind erhebliche – voraussichtlich münchenweit die größten – Potentiale für dezentrale Solarenergienutzung. In diesen Gebäuden ist durch die Vielzahl der Nutzer ein erhöhter Eigenstromverbrauch gleichzeitig zur Solarstromerzeugung zu erwarten, und damit eine besonders hohe Wirtschaftlichkeit für die Bewohner. Neben den ökologischen Vorteilen ist deshalb der erwartete Hauptzweck eines solchen Vorgehens zu prüfen, ob der Eigenstromverbrauch (EV) gerade im Mietwohnungsbereich helfen könnte, für die Mieter einen Teil der Stromkosten zu stabilisieren. Der im Vergleich zum externen Strombezug günstigere EV-Anteil trägt dazu bei, dass insgesamt ein kostendämpfender Effekt auf den Strompreis entsteht, während die Bezugskosten für den restlichen Strom weiter mit erwarteten > 5% pro Jahr steigen.

Beim Energieverbrauch sind die Nutzer-Akzeptanz und das Nutzerverhalten mit die wichtigsten Parameter. Es erscheint deshalb sinnvoll, die Messung des gesamten Stromverbrauchs mit technischen Aufwendungen wie Mess- und Zählereinrichtungen (Smartmeter) zumindest innerhalb eines Pilotprojekts zu unterstützen. Die Nutzer sollten auch durch die am Projekt Beteiligten motiviert werden, ihr Nutzerverhalten auf den Eigenverbrauch auszurichten. Die einzelnen Projekte sollten deshalb professionell vorbereitet und begleitet werden.

Ziel sollte sein, Erkenntnisse zu gewinnen, die Rückschlüsse auf weitere ähnliche Projekte zulassen. Für die im Rahmen der Projekte ggfs. anfallenden Mehrkosten gegenüber einer „herkömmlichen“ PV-Installation, wie z.B. für Stromspeicherlösungen, sollten Fördermöglichkeiten überprüft werden.

Die LH München ist in der privilegierten Lage, durch ihre Tochtergesellschaften, sowohl über die entsprechenden Liegenschaften (Gewofag, GWG und SWM), die technischen Voraussetzungen (SWM) als auch das entsprechende Fachwissen (SIM und SWM) zu verfügen. Diese besonders günstigen Voraussetzungen sollten zügig genutzt werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Sabine Nallinger

Sabine Krieger

Herbert Danner

Jutta Koller ?

Paul Bickelbacher?

Mitglieder des Stadtrates